

Begründung für den Widerspruch im Offenlageverfahren gegen die Vorlage „Deponie West – Oberflächenabdichtung Ostkuppe im Zuge des Repowering der Windkraftanlage WKA1“

Die Alternative für Deutschland ist generell gegen das sogenannte Repowering, das den Ersatz älterer, kleinerer Windkraftanlagen durch heutzutage verfügbare, größere Windkraftanlagen bezeichnet. Mit den neuen Anlagen wird an den windgünstigen Tagen mehr Strom produziert. Die damit verbundenen Mehrkosten werden der Allgemeinheit durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) aufgebürdet. Denn am geregelten deutschen Strommarkt muss dieser Windkraftstrom immer zu einem garantierten Preis von den deutschen Energieversorgern abgenommen werden, egal ob man ihn gerade brauchen kann, oder ob man dem Ausland dafür Geld zahlen muss, dass es Deutschland diesen gerade überflüssigen Strom abnimmt (negative Börsen-Strompreise).

Dies müssen jedoch - vor allem die privaten - Stromverbraucher bezahlen, in Form von weiteren Steigerungen der EEG-Umlage, die auf den Strompreis aufgeschlagen wird und die bereits heute mit über 6 cent pro kWh fast so hoch ist wie der Preis, den die Verbraucher in USA insgesamt für ihren Strom zahlen. Ärmere Bevölkerungsschichten trifft dies besonders.

Doch wo ist der Nutzen für die Verbraucher? Die Erfahrungen zeigen, dass weder der erhoffte Strompreistrückgang für die Verbraucher, noch die CO₂-Ersparnisse, noch der erwartete Aufbau von über 1 Million Arbeitsplätze eingetreten ist. Einzelinvestoren konnten sich dafür auf Kosten der Allgemeinheit bereichern.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen vor allem in der Missachtung von technischen Gegebenheiten durch die bisherige Politik. Repowering ist damit verbunden, dass die Massen der Windräder stark zunehmen, was dazu führt, dass die neuen Windkraftanlagen erst bei höheren Windgeschwindigkeiten als die bisherigen Anlagen überhaupt erst beginnen, Strom zu liefern. Diese sind bei uns neben den windstillen Tagen aber am häufigsten, sodass der erhoffte jährliche Produktionszuwachs nicht im selben Masse steigt, die angegebene Leistung. Die Ausnutzung der Anlage geht dementsprechend zurück. In schlechten Windjahren ist aufgrund des Potenzgesetzes der Rückgang der Energieerzeugung überproportional, sodass das Investitionsrisiko stark ansteigt. Die neuen Anlagen haben also eine geringere Verfügbarkeit und müssen für längere Zeit durch konventionelle Kraftwerke wie Braunkohle-, Steinkohle- oder Kernkraftwerke in ihrer Stromproduktion ersetzt werden. Wenn allerdings mal richtig der Wind weht - was im ausgewiesenen Schwachwindgebiet Oberrheingraben selten genug der Fall ist - wird richtig viel Strom auf einmal erzeugt, und die konventionellen Kraftwerke müssen dem entsprechend eingedrosselt oder heruntergefahren werden. Dadurch werden deren Stromerzeugungskosten, die der Stromkunde außerhalb der EEG-Umlage mit seiner "normalen" Stromrechnung bezahlt, nach oben getrieben. Außerdem destabilisiert und belastet diese Art der Stromerzeugung das Stromnetz, da bei Starkwind Strom an ganz anderen Stellen erzeugt wird als normalerweise. Umgekehrt führen Schwankungen der Windgeschwindigkeit zu überproportionalen Schwankungen der Einspeisungen ins Netz, die verstärkt durch konventionelle Kraftwerke ausgeglichen werden müssen. Diese Kraftwerke können das aber nur begrenzt, sodass die Wahrscheinlichkeit für Stromausfälle ansteigt und weitere Kosten entstehen, die der Stromkunde zu zahlen hat. Nicht umsonst erhöhte TransnetBW die Netzgebühren, die Bestandteil des Strompreises sind, am 1.1.2015 um 15%. Deutschlandweit hat sich die Zahl der Netzstabilisierungseingriffe von weniger als 10 im Jahre 2000 auf mehr als 3000 im Jahr 2014 erhöht.

Damit rentiert sich das Repowering, also der Ersatz der bisherigen Windkraftanlagen durch neue, viel größere in erster Linie für den Hersteller. Ob es sich für die Betreibergesellschaft rentiert, ist fraglich, denn viele dieser Gesellschaften haben es nicht geschafft, auf ihre Kosten zu kommen. Selbst der Bundesverband der Windkraftherzeuger weist inzwischen daraufhin, dass in Schwachwindgebieten eher Anlagen mit geringerer Leistung eingesetzt werden sollten.

Unter dem Strich ist das Repowering für die Allgemeinheit nicht von Nutzen sondern - im Gegenteil - nachteilig. Es ist reine Symbolpolitik auf dem Rücken der Bürger.

Dänemark, unser Nachbarland, in dem die Windkraft bereits noch weiter verbreitet ist als bei uns, hat übrigens im März 2015 ein zweijähriges Windkraft-Moratorium ausgerufen. In den nächsten zwei Jahren dürfen also keine weiteren Windkraftanlagen mehr installiert werden. Der Grund hierfür ist der Infraschall, der gerade durch die größeren Windkraftanlagen verursacht und in hoher Intensität weit verbreitet wird. Dieser Schall unterhalb des hörbaren Frequenzbereichs entsteht durch die Druckstöße, die jedes Mal auftreten, wenn ein Rotorblatt am Mast vorbei streicht und das dazwischen liegende Luftpolster komprimiert. Bei dem für die neue 3300 kW-Anlage geplanten Standort auf dem Gipfel des Karlsruher Müllbergs wäre eine besonders große Personenzahl dem so erzeugten Infraschall ausgesetzt, der zwar nicht hörbar, aber bis in einer Entfernung von etwa 10 km noch messbar wäre. Es liegen wissenschaftliche Untersuchungen darüber vor, dass diese Art des Infraschalls bei Tieren Unfruchtbarkeit und bei Menschen gesundheitliche Probleme wie Schlaflosigkeit, Herzrhythmusstörungen und Depressionen bis hin zu Selbstmordversuchen hervorruft. Zu diesem Thema hat das Umweltbundesamt eine umfangreiche, im Juni 2014 veröffentlichte Literatur-Studie erstellt, und darin öffentlichkeitswirksam auf das bis dahin hoch gehaltene Argument, Infraschall sei unbedenklich da nicht hörbar, verzichtet. Weitere wissenschaftliche Studien sind seither erschienen, entsprechende Beschwerden bei verschiedenen Verwaltungsstellen eingereicht worden. Das Risiko, dass die geplante neue Windkraftanlage aufgrund dessen bald nach ihrer Errichtung wieder demontiert werden muss, ist nicht gering.

Ein weiterer Nachteil des Repowering besteht darin, dass die neuen Windkraftanlagen viel größer sind als die alten. Bei dem in Frage stehenden Projekt soll die neue Windkraftanlagennabe ca. 119 m hoch sein und der Rotor einen Durchmesser von ca. 112 m haben, was sich zu einer Gesamthöhe von ca. 175 m addiert (bisher waren es 65 und 74 m Nabenhöhe und ein Durchmesser von 52 m, was eine Gesamthöhe von 100 m ergibt, die bis in die Nuller-Jahre hinein aus baurechtlichen Gründen nicht überschritten werden durfte). Da sie oben auf dem Müllberg steht, wird sie weithin sichtbar sein - und ihr Schlagschatten wird im Frühling und Sommer bei entsprechendem Sonnenstand am Abend nicht wenige Häuser in Mitleidenschaft ziehen. Mit dem größeren Radius des Rotors steigt auch die Geschwindigkeit an, mit der sich die Flügelspitzen bewegen, so dass Vögel kaum noch ausweichen können und Fledermäuse gar keine Chance mehr haben, die rotierenden Flügel überhaupt wahrzunehmen. Die zunehmende Größe der neueren Windkraftanlagen bedeutet aber auch eine viel höhere Gesamtmasse als bisher und ein größeres Drehmoment, das auf die Mastbasis wirkt. Damit sind sehr viel größere Betonfundamente als bisher erforderlich, um der Windkraftanlage einen sicheren Stand zu geben. Im vorliegenden Fall soll dieser sichere Stand auf dem Gipfel eines Müllbergs erreicht werden, was sowieso nicht so leicht ist, da so ein Müllberg schon mal ins Rutschen kommen kann, wie 2003 in München-Fröttmaning, 2004 in Engelskirchen-Steeg (im Kölner Raum) und 2014 in Coerde (Westfalen) schon passiert ist.

Dass unser Karlsruher Müllberg einen schwierigen Untergrund für Windkraftanlagen darstellt, hat der Leiter der Windmühlenberg GmbH, Thomas Müllerschön, selbst schon zu Protokoll gegeben. Im Februar 2014 meldete KA-News: >>>Ja, die Windkraftanlage zwei habe zurzeit ein Problem, bestätigt Thomas Müllerschön von der Windmühlenberg GmbH. Dass sich die Anlage zur Seite neige, habe damit aber nichts zu tun, dies sei "auf dem nicht einfachen Untergrund normal" und man habe "eine gewisse Schiefelage mit eingeplant."<<

Vor diesem Hintergrund scheint das Repowering die Lösung zu sein, die es der Windmühlenberg GmbH erlaubt, die offensichtlich unzureichend gegründete Anlage Zwei unauffällig abzubauen und zu entsorgen. Dafür dürfen aber nicht die Bürger der Stadt zur Kasse gebeten werden.

Die Entscheidung, ob die Stadt die Fundamente der bisherigen zwei kleineren Windkraftanlagen auf dem Müllberg abtragen, durch viel größere neue Fundamente, wie sie für die neue Windkraftanlage nötig sind, ersetzen und die dazu erforderlichen Abdichtmaßnahmen am Müllberg vornehmen soll, muss unseres Erachtens transparent erfolgen. Wie oben ausführlich dargelegt, sind diese Maßnahmen für die Allgemeinheit mit keinem Nutzen, sondern mit vielen Nachteilen verbunden. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, dass die Stadt mit den hier zur Entscheidung anstehenden Baumaßnahmen zusätzliche Risiken auf sich nehmen soll. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, zu wissen, welche Stadträte für dieses Vorhaben gestimmt haben, insbesondere für den Fall, dass sich daraus – wie im Februar 2014 - Probleme ergeben, die dann teuer wieder beseitigt werden müssen.

Im Einzelnen ist bezogen auf die in Frage stehende Vorlage insbesondere nicht einsehbar, dass die Stadt (genauer: das AfA) das Emissionsgutachten ganz alleine bezahlt. Die Windmühlenberg GmbH leistet hierzu keinen Beitrag, obwohl in der Vorlage detailliert beschrieben ist, dass zu erwartenden Emissionen durch den tiefen Aushub für das neue Fundament der neu zu erbauenden Windkraftanlage („Im unteren Bereich der Baugrube ... können Hausmüllablagerungen angetroffen werden. Werden solche Bereiche aufgeschlossen, wird als Immissionsschutzmaßnahme eine Belüftung des Hausmüllbereichs installiert.“) und den Rückbau der Fundamente der Altanlagen entstehen.

Wenn die Verteilung der Kosten schon an dieser offensichtlichen Stelle nicht dem Verursacherprinzip entspricht, ist davon auszugehen, dass sie dies bei der Verteilung der anderen Kosten auch nicht tut.

Aus all diesen Gründen bestehen wir von der AfD auf einer Abstimmung im Gemeinderat und kündigen an, dass wir gegen diese Vorlage stimmen werden.

In München hat der Gemeinderat übrigens nach anfänglicher Euphorie inzwischen wieder davon Abstand genommen, eine zweite, neue, große Windkraftanlage auf den Müllberg in Fröttmaning zu stellen - vor Allem aus gestalterischen Gründen: Die neue Windkraftanlage wäre mehr als 10 km weit sichtbar.

Dr. Paul Schmidt, AfD im Karlsruher Gemeinderat